

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsatzpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Freizeit- und Jugendzeitung zusätzl. 15 Pf. monatlich 80 Pf. Und der Volkszeitung vierzehntel M. 8.75. unter Kreisbank für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Weckstunden von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abozinsate werden bei begleitender Bezahlung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird doppelt gebührt. Vereinssagen 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorau zu beglichen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 263.

Dresden, Montag den 13. November 1911.

22. Jahrg.

## Der Abschluß der Marokkodebatte.

Welches ist der Erfolg der Marokkodebatte im Reichstag? Der frivole Versuch, die ersten Fragen der auswärtigen Politik zu einer „nationalen Wahlparole“ auszubauen, ist gescheitert, die Kriegsbefreier sind entlarvt. Die Nationalliberalen und noch mehr die Konservativen befinden sich in einem kaum mehr zu überbietenden Zustand der Niedergeschlagenheit und Verwirrung. Beide Parteien haben sich an der Debatte des dritten Marokkotages überhaupt nicht mehr beteiligt. Sie räumen den Kampfplatz, den die Sozialdemokratie mit siegreichen Fäusten behauptet.

Es gibt kein erbauliches Schauspiel, als die „nationale Presse“ es bietet, wie sie von einem Tage zum andern aus den Höhen chauvinistischer Raserei und wilder Wahlmaische in den Abgrund des Zimmers und der Verzweiflung stürzte. Ein legen Freitag schrieb in der aldeutsch-närrischen Tageszeitung „Kundschau“ Herr Rippler:

„Das Gericht ist gehalten, und nach unserem Bedürfnisse wäre gern geschehen, könnten wir uns die Wiederholungen der nächsten Tage sparen. Sie werden wahrscheinlich manches missern, was noch verschärft den Eindruck des ersten Tages aber nicht wesentlich ändern. Nunmehr soll der beste Teil der Freiheit folgen, die Tat. Und die Tat ist der Ausbau unsers Rechts zu Wasser und zu Lande...“

Über am Sonnabend stand es anders:

„Die Marokkodebatte hat das Kunststück fertig gebracht, unsre innere Lage noch mehr zu verwirren, als sie es ohnehin war. Sie hat die Schlaglinien, in denen sich die Parteien aufgestellt hatten, ins Wasser gebracht; denn von den gegebenen Ausschreibungen sind mehrere hinweggeschwemmt worden. Sozialdemokraten spielen sich als Vertreter der Freiheitspolitik der Regierung auf, nachdem kurz vorher die Regierung der Umsturzpartei die einzige Wahlparole der bürgerlichen Parteien sein sollte. Rechter Hand — linker Hand, alles vertauscht, und über allen eine Regierung, die keine einzige Partei mehr hinter sich hat.“

Nun ist es sehr interessant, wie sich das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und den von ihm so leichtbar abgestraften Parteien weiter gestalten wird. Einige unentwegte Überhauptunisten wie die rheinisch-württembergische Zeitung leisten sich natürlich die wüstesten Flüsse gegen den Reichskanzler. Das genannte Blatt schrieb u. a.:

„Der Nationalgefahrt, daß er im Angesicht des Unheils in den Staub zu treten sich vermaht, fordert keine Entfernung, wenn nicht daß das in viellundjähriger siller Kälte und in blutigen Schlachten errungene Ansehen des Deutschen ein Gespött der Reichs-Behörden regieren darf und widerwiller werden soll! Der fünfte Kanzler ist erklungen! Nach seinem fall kann so tief sinken...“

Auf die möggebenden Parteiblätter aber hat die Abstufung durch den Reichskanzler ganz anders gewirkt. Den linken und zahnlosen Erklärungen des Herrn v. Hedenbrand folgen nach Lohnerei und zähmende Konfrontationen in den Blättern. Charakteristisch ist vor allem das Verhalten des führenden liberalen Organs, der Kreuzzeitung. Die Konservativen feiern in Wit über die ihnen widersahrene furchtbare Bildung, aber sie haben keine Möglichkeit, an Bettmann-Hollweg sofortige Rache zu üben. Sie müssen warten. Sie wissen ja, daß des Reichskanzlers Rede wider die nationalen Wahlmaische in it. Wilhelm II. vereinbart war. Sie sind vor allem auch auf die Hilfe der Regierung bei den Wahlen angewiesen. Die Kreuzzeitung sieht sich daher genötigt, am Schluß eines langen, auf beiden Seiten hinführenden Zeitartikels zu schreiben:

„Herr v. Bettmann-Hollweg betrachtet anscheinend die Kommission als seine Schützenkuppe, die zu tun hat, was er will, die sie nicht von ihm trennen darf, wenn er sie nötig zu haben glaubt; er selbst will über den Parteien stehend regieren, versagt ihm aber die konservative Partei die Gefolgschaft, dann erklärt er ihr den Krieg. Die Erfahrung der Fraktion am Freitag hat diese Kriegserklärung noch nicht angenommen, um nicht den Bruch zu einem Wahlgang zu machen. Sollte der Reichskanzler aber glauben, die Freiheit werde sich von Herrn v. Hedenbrand trennen, so muß hier ein Bruch genau Informationen erläutert werden: nicht Herr v. Bettmann-Hollweg hat die Fraktion zu der Stellungnahme geführt, die er in seiner Rede fundiert, sondern umgedreht, die Fraktion hat einstimmig diese Rede gefordert. Von einem Zusammenschluß der Fraktion kann also keine Rede sein.“

Die Konservativen wollen es also nicht zum unheilbaren Bruch mit dem Reichskanzler kommen lassen. Und Herr v. Hedenbrand selbst unterwarf sich: er erklärte, er und Frankfurt a. d. O. gemeinsam würden, am Sonntag in der vorliegenden Versammlung des konservativen Kreiswahlvereins, er kann mit seinem Wort auf die leichten Verhandlungen im Reichstage zurück und rief den bürgerlichen Parteien zu: alle Bündel zu vergessen und sich zu patriotischer Einigung zusammen zu finden. Das ist eine Gedankenwende, die sehr tief geworden. Er sprach sich die Freiheit zu kaltem Gewußt auf die Zeit nach den Reichstagswahlen!

Leidergenau ist es auch nicht wahr, daß die konserватive Reichstagsfraktion mit der Art des Vorsitzenden des Herrn v. Hedenbrand uneingeschränkt einverstanden ist. Diese Fraktion hat vielmehr mehrere stürmisch erregte

Sitzungen abgehalten, in denen Graf Rantzau die Opposition gegen Hedenbrand führte.

Unterdies lädt der Reichskanzler in der Norddeutschen Illg. Zeitung die Berechtigung seines Vorgehens, wenn auch in vorsichtigeren Wendungen, nochmals hinzunehmen. Es wird ausgeführt, daß die Darlegung der Tatsache, wie sie der Reichskanzler im Reichstag gab, auf „vorgesetzte, fertige Urteile“ gestoßen sei. Dann heißt es:

„Nur selten ist eine schwierige und schwerwiegende politische Aktion durch so weitgehende Nachgiebigkeit gegen gespülte Stimmungen entwertet worden. Bildet der Reichskanzler war es daher, das Land und die Parteien zur Besinnlichkeit zurückzurufen und den schädlichen Wirkungen chauvinistischer Ansprüche auf die politischen Beziehungen des Reichs zum Auslande vorzubringen. Die Bedeutung dieser Abwehr reicht weit über den Charakter einer persönlichen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Parteienrednern hinaus. Für den Reichskanzler handelt es sich vor allem um die Freimachung eines politischen Werkes von phantastischen Ansprüchen und wahlstaatlichen Absichten, die bei mehr als einer Partei zu der ungünstigen Aufnahme beigebracht haben.“

Auso ausdrücklich wird nochmals die „nationale Politik“ der Hedenbrand und Bassermann als eine Politik der „phantastischen Ansprüche“, als eine Politik aus „wahlstaatlichen Absichten“ schärf gekennzeichnet und verurteilt.

Alles in allem: Der deutsche Nationalismus hat eine furchtbare Niederlage erlitten und der Friedensgedanke der Sozialdemokratie triumphiert!

Jetzt muß die Niederlage des Feindes mit allen Kräften ausgenutzt werden. Was die Marokkodebatte des Reichstags begonnen hat, muß die Wahl vom 12. Januar vollenden. Mag das Volk, an die Urne gerufen, ein erdrückendes Votum abgeben für den Fortschritt der menschlichen Kultur, für die Erhaltung und dauernde Sicherung des europäischen Friedens!

## Der dritte Tag.

Aus dem Reichstag wird uns geschiehen:

Als Bettmann-Hollweg am Freitag mit seiner Abstufung Hedenbrand und ähnlicher „Überpartikulisten“ beinahe zu Ende gekommen war, äußerte ein sozialdemokratischer Abgeordneter halblaut zu seinen Freunden: „So, jetzt kommen wir an die Reihe!“ Die Vermutung stützte sich auf die gewöhnliche Taktik deutscher Minister, bei einem Kontakt mit bürgerlichen Parteien sofort auch gegen die Sozialdemokratie vor. Sodann zu ziehen, um jeden Verdacht, sie könnten auch nur indirekt und unabkömlich unsere Partei begünstigen, gleich im Keine zu erlösen. Aber siehe da: der Kanzler wird auch in diesem Punkte vom üblichen Schema ab und äußerte sein Wort gegen die Sozialdemokratie. Das hat den brauen Herren den schwarzblauen Block sicherlich eine schloßlose Nacht gelöst und so machen sie denn, um ihre arg verhangenen Wahlabsichten noch im letzten Augenblick ein wenig aufzubessern, am Sonnabend den wütenden Versuch, durch eine rein vom Baume gebrochene Sozialistendebatte die Stimmung herumzutragen. Der famose Herr Erzberger gab sich zu dem Stückchen her. Ebenso selbstverständlich mißlang aber auch sein Versuch.

Der Gelehrte Erzberger behauptete göttessüchtig und dreist, die Sozialdemokratie habe in den entscheidenden Tagen der Marokkoverhandlungen ihre Anhänger öffentlich aufgefordert, einer etwa an sie gelangenden Einberufungsdreieck im Mobilmachungsfall keine Folge zu leisten, sie habe ebenso öffentlich mit dem Massenstreik für den Ausbruch des Krieges gedroht. Der Vorwurf habe diese Worte nicht nur genehmigt, sondern sie auch noch unterstrichen und als die Ansicht der ganzen deutschen Sozialdemokratie hingestellt. Bebel habe auf dem Parteitag zu Jena mit Geschick, aber immerhin nur mühsam diese Stellungnahme zu deuten versucht. Darauf hätten wir die Stellung der deutschen diplomatischen Unterhändler auf das äußerste erschwert, weil man sofort an der Seine und der Themse gerufen habe, den Deutschen dürfe man stets alles bieten, da ja die Drei-Millionen-Partei der Sozialdemokratie für den Fall einer Verwickelungen Landesverräterische Maßnahmen plane.

Unsere Leute wissen, daß die Erzbergerischen Behauptungen falsch sind. Sie knüpfen an einige vielleicht zu Wohldeutungen Anlaß gebende Worte an, die ein Redner in einer Versammlung von Groß-Berliner Parteidienstmitgliedern geäußert hat. Worte, die übrigens nicht protokolliert wurden und zum Teil zugestanden werden in bürgerlichen Blättern solch wiedergegeben worden sind. Wenn sich die Dinge so abgespielt hätten wie Erzberger behauptet, dann wäre dies natürlich ganz angenehm gewesen — nämlich für unsere Gegner, die nicht verschafft haben zu reden, damit im Wahlkampf das alte Spektakelstück vom „Kampf gegen die Vaterlandsfeinde“ aufzuführen.

Bebel, der zu unserer aller Freude mit bewundernswertem Fleiß diesen langen anstrengenden Verhandlungen gefolgt ist, übernahm die Abfertigung des Zentrumsmannes und vollzog sie in exemplarischer Weise. Mit tieffester innerer Anteilnahme wählte er seine kräftigsten Worte hochsam aus, peinlich bemüht, das, was zu sagen nötig war, auch in einer jeden Zweifel und jeden ferneren Verlust der Verleumdung ausschließenden Weise zu sagen. Bebel stellte an der Hand der Bericht fest, daß in jener Versammlung Redakteur Däumig nicht aufgefordert hat, die Einberufungsdreiecke im Mobilmachungsfall nicht zu befolgen. Er stellte weiter fest, daß Däumig den Massenstreik nicht angedroht, sondern als ein Problem bezeichnet hat, das in unseren Reihen angeht der verbrecherischen Kriegshölle gewissenloser Deutepolitiker erörtert zu werden verdiene.

Er stellte drittens fest, daß zwar in der Versammlung Berliner Funktionäre keine Diskussion über die Rede Däumigs beobachtet werden, doch aber sofort privat ihm eröffnet wurde, seine Ansicht sei nicht die der Partei. Endlich hat auch der Vorwärts die Däumig untergeschobenen Neuerungen über die Verweigerung der Heeresfolge keineswegs gebilligt. Die nach Däumig Rede angenommene Resolution ist durchaus eindeutig und die Berliner Parteidienstgenossenschaft hat in den Niesen-Demonstration-Versammlungen zu Treptow klar und unzweideutig ihren Willen in dieser Sache befunden, in einer Entschließung, die auch nicht den Schatten des Vorwurfs der Schädigung deutscher Interessen rohstiftet. Seit 1892 hat die deutsche Sozialdemokratie auf nationalen und internationalen Kongressen überdies eine durchaus freie und unerschütterliche Haltung in dieser Frage eingenommen und jeden von anderen Parteien unternommenen Versuch, sie auf eine Verpflichtung zum Generalstreik im Kriegsfalle festzulegen, entschlossen und einmütig zurückgewiesen. Ramentlich ist dies zuletzt 1907 auf dem internationalen Kongress zu Stuttgart und dieses Jahr auf dem Parteitag zu Jena geschah, wo Bebel selbst nicht etwa, wie Erzberger behauptet, die Frage „geschildert umgangen“ hat, sondern wo er im vollen Einvernehmen mit der Gesamtpartei den alten Standpunkt nochmals darlegte.

Richtig altem, so meinte Bebel zum Schluss seiner vom Hause und namentlich auch von den Regierungsvertretern mit lauthaler Spannung entgegengenommenen Vorlegungen, nach allem dürfe er wohl nur die Hoffnung hegen, daß niemand mehr wagen werde, die von Erzberger ausgetragenen Beschuldigungen zu wiederholen und im Wahlkampf oder sonstwie gegen unsere Partei anzupreisen. Deder, der es dennoch tut, werde mit Recht nunmehr als Verleumder an den Pranger gestellt werden.

Ach, August, was bist du für ein alter Optimist! — äufernd der Klempner Richard Fischer, als in unseren Reihen der lebhafte Beifall verklungen war, der dem Altmeister für seine pedantischen Worte den Dank der Partei darbrachte. Und richtig Raum hat Bebel geendet, als sich auch schon der getreue Edard alter deutschen Reaktionäre, Herr Mugdan, ein Mann, der aus ihm selbst unerfindlichen Gründen seinen Bloß in der „fortschrittlichen“ Volkspartei gewählt hat, auf die Tribüne schwang, um genau dieselbe Beschuldigung zu wiederholen, die eben Bebel widerlegt hatte. Es kam zu einigen stürmischen Unterbrechungen, da sich begeistertweise die Entrüstung über so viel Dreistigkeit in unseren Reihen Lust zu machen suchte. Über selbstverständlich erhöhte dies den eisenstarken Abgeordneten von Görslit durchaus nicht, der hier die Gelegenheit witterte, trotz allen Leidens der letzten Zeit die Konservativen zu Wahlhilfe zu verpflichten. Einiges anderes ist es nicht. Wenn Herr Mugdan den Deutschen Reichstag noch weiter durch seine Anrede sagten mit einmal „verzieren“ will, dann braucht er in der schlesischen Stadt Görlitz die Simmen der Konservativen mindestens ebenso notwendig, wie die der sogenannten Volkspartei. Er sei berechtigt, so äußerte er, den von Erzberger erhobenen Vorwurf aufrecht zu erhalten, da in der Tat „die sozialdemokratische Parteipresse“ nach Däumig Rede erklärt habe, sie trete im Falle der Kriegserklärung für den Generalstreik ein. Beweis? Das Oberlige Parteidienst soll einen solchen Satz geschrieben haben. Das steht mir zwar nicht zur Stelle, der Vorwurf konnte nicht kontrolliert werden, aber es schadet nicht, weil nun einmal Herr Mugdan entschlossen war, unter jene Kategorie von Menschen zu gehen, die Bebel mit seinem lehnen Worte hinreichend gekennzeichnet hat. Aber auch Erzberger nahm sich heraus, trotz den bündigen Erklärungen Bebels noch einmal das Haus mit einem Schwall anzuwünschen, dessen Inhalt seiner Behauptung nach einem Beweis für die Nichtigkeit seiner ersten Konfrontation sei. Keine Spur davon!

Wer Richard Fischer einmal in einer Volkskunst bat sprechen hören, wenn ihm die Galle ein wenig ins Blut gegangen ist, der weiß, was es zu bedeuten hat, daß er mit seiner Antwort gegen Mugdan und Erzberger manche seiner früheren Leistungen in den Schatten gestellt hat. Angesichts dessen die Freude auf das edle Diakurenhaar hernieder, dem nun auch der lehne Weg zum Entzinnen verpetzt wurde. Denn, so sagte Fischer, angenommen einmal (aber nicht zugegeben), daß Däumig wirklich für Nichtbefolung der Einberufungsdreiecke und zum Massenstreik aufgefordert habe, angenommen weiter (nicht zugegeben), daß der Vorwurf an dieser Neuzeitung sich ausdrücklich gestellt habe, was beweise denn das ungünstige Falles anderes, als daß der Redner und der Schreiber töricht Worte gebraucht hätten? Ab und zu verlässt sich auch einmal ein Ungezügelter oder Unbesonnener in das Riesenherz unserer Anhänger. Jetzt, wo Bebel auf dem nationalen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und im Reichstage selbst noch einmal mit allem ihm zu Gebote stehenden Nachdruck die Sache erläutert, bis in ihre Einzelheiten aufgeklärt habe, gebe es keine Entschuldigung mehr für einen Versuch, zu drehen und zu deuten. Wer, sei es in oder außerhalb des Parlaments, das Klimmzäpfchen nochmals wieder aufzupreisen, habe den Vorwurf von Bebel dreifach verdient, daß er ein Verleumder sei. Damit hatten wohl diese Herrschaften einstweilen genug ...

Sie kommen nicht mehr um den Sozialismus und die Sozialdemokratie herum, unsere Gegner, so sehr sie sich auch bemühen. Die gewaltige Kulturmacht des Friedens, die unsere Partei ist, schließt sich mit ihrer elementaren Kraft immer mehr in den Vorgründen der inneren, wie der äußeren Politik. Dieser Tage Erfahrungen haben das wieder gezeigt. So jämmerlich der Versuch an sich ist, die Erörterung über eine Angelegenheit der Weltpolitik und der Fortbildung der Volksrecht im Deutschen Reich mit einer Sozialistendebatte im Stile der ordinären Soldaten